



**BERLININFO**

**NR. 20**

**16. Dezember 2016**



**Mechthild Heil MdB**  
**CDU/CSU-Bundestagsfraktion**



[www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de) | [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

„Heute sind wir in der glücklichen Lage, in einem Land zu leben, das nicht perfekt, aber in besserer Verfassung ist als jemals zuvor. Darauf können wir stolz sein, mindestens zufrieden, auch wenn damit neue Herausforderungen verbunden sind, die uns im nächsten Jahr begleiten werden“, so Norbert Lammert, Bundestagspräsident.

Das uns das gelungen ist, für die gute Zusammenarbeit, manche Ermutigung und Unterstützung in den vergangenen Wochen und Monaten Ihnen allen einen ganz lieben Dank.

Ich wünsche Ihnen & Ihren Familien und Freunden eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit, Gesundheit und viel Erfolg für das kommende Jahr!

Ihre



**Deutscher Bundestag**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Tel. (030) 227 77040**  
**Fax (030) 227 76423**

## **CDU-Bundesparteitag Essen: Wahl als Beisitzerin in den Bundesvorstand**

Beim 29. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Essen haben die Delegierten den Bundesvorstand der CDU neu gewählt. Ich freue mich sehr, dass ich erstmals als Beisitzerin in den Bundesvorstand der Partei gewählt wurde. Das gute Wahlergebnis gibt mir Schwung für diese neue Aufgabe. Auch die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner wurde als stellvertretende Vorsitzende mit dem besten Ergebnis erneut ins Präsidium der Partei gewählt, mit Christian Baldauf als Beisitzer ist ein weiterer Rheinland-Pfälzer Mitglied des CDU-Bundesvorstandes.



## Alten- und Krankenpflege attraktiver gestalten



Karl-Josef Laumann, Patientenbeauftragter der Bundesregierung, berichtete in der Gruppe der Frauen über das geplante Pflegereformgesetz. Ziel ist, die Ausbildungsgänge zum Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpfleger zusammenzuführen. Das Berufsbild soll moderner und attraktiver werden. Es muss durchlässiger werden und auch kontinuierliche Aufstiegschancen müssen vorhanden sein.

Als Gruppe der Frauen befürworten wir die geplante Generalisierung. Denn egal von welchem Blickwinkel wir die Reform sehen, sie ist immer ein Gewinn für Frauen: breite Grundkenntnisse, gute Weiterbildungsmöglichkeiten, mehr Arbeitsmöglichkeiten und am Ende auch eine bessere Entlohnung.

Indem wir diese Anreize schaffen, wirken wir auch dem Fachkräftemangel entgegen. Das ist gut für die Städte, aber auch für den ländlichen Raum. Die Charite baut in Berlin Wohnungen, um an Pflegepersonal zu kommen. Wie sollen wir in Adenau, Remagen oder Andernach da mithalten? Doch nur, wenn das Berufsbild attraktiv ist, die Bedingungen bei uns stimmen und die Bezahlung keinesfalls niedriger ist als in den Ballungsräumen.



## Wie verändert die Digitalisierung den Einzelhandel?

Wir bezahlen heute auch mit unseren Daten. Die Frage ist, welche Vorteile entstehen für den Kunden, wenn er seine Informationen weitergibt? Er bekommt nur die Werbung, die Angebote, die ihn interessieren. So werden Streuverluste - wie bei Postwurfsendungen oder Zeitungsanzeigen - vermieden. Anhand seiner Daten wird dann das gewünschte Produkte direkt nach Hause geschickt, ohne dass der Kunde ein Geschäft betreten muss. Und alles innerhalb kürzester Zeit, zu jeder Zeit. Und der Metzger in der Innenstadt? In TOP-Lage? Er weiß viel weniger über seine Kunden. Darf, soll das so bleiben? Oder müssen nicht die kleinen und mittleren Unternehmen auch beginnen Daten ihrer Kunden zu sammeln? So könnte der Metzger in Zukunft zielgenau die gewünschten Waren bereithalten oder sie direkt liefern. Nicht die Lage, sondern die Schnelligkeit wird entscheiden.

Aber nicht nur bei der Datenerhebung brauchen wir "Waffengleichheit". Wir sollten darüber nachdenken, ob nicht Geschäfte in der Innenstadt sonntags öffnen dürfen. Denn 40 % des Onlinehandels läuft am Sonntag ab. Hier wäre „Waffengleichheit“ angebracht. Und vielleicht müssen wir unser Konzept der Fußgängerzonen auch einmal kritisch hinterfragen. Wir erleben heute tote Fußgängerzonen und lebendige verkehrsreiche Straßen mit Läden, Cafés und Restaurants. Wir sollten genau prüfen, ob man Autos in bestimmten Zonen vielleicht wieder zulässt.

Sie sehen, es war eine sehr anregende Diskussion, die wir vor Ort sicher weiter führen werden. Hier finden Sie die Zusammenfassung:

<https://www.cducusu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/revolution-im-einzelhandel-begleiten-und-gestalten>



## Dem Terror in internationaler Zusammenarbeit die Stirn bieten

Dem sinnlosen Terror fallen auf dieser Welt immer weiter Menschen zum Opfer. Die Anschläge von Kairo und Istanbul setzen diese Kette nun auf das Schrecklichste fort. Wir trauern um die Opfer des Anschlags in Kairo und um die Opfer in der Türkei. Terror, egal, wer ihn verübt und egal, wo er verübt wird, ist eine Verachtung aller unserer christlichen und humanitären Werte und jedes Opfer des Terrors hat unser Mitgefühl.

Gerade der Anschlag auf die koptischen Christen beunruhigt uns besonders. Von den Attentätern wird wie vor Jahren schon einmal der Versuch unternommen, die ägyptische Gesellschaft zu spalten und ins Chaos zu stürzen. Die koptischen Christen gehören zum Volk Ägyptens, sie blicken auf eine lange Geschichte im Land am Nil zurück. Ihre Lage hatte sich in den vergangenen Jahren verbessert. Sie dürfen nicht weiter zur Zielscheibe islamistischer Fanatiker werden. Wir sind uns sicher, dass dies der ägyptische Präsident und die geistlichen Führer der Sunniten in Kairo genauso sehen.

Der feige Anschlag in Istanbul erschüttert die Türkei und die in Deutschland lebenden Türken aufs Neue. Wir hoffen, dass die türkische Regierung die Weitsicht und Klugheit besitzt, verhältnismäßig darauf zu reagieren. Politisch bleibt unsere Schlussfolgerung: Alle friedliebenden Staaten müssen im Kampf gegen den Terror eng zusammenarbeiten. Deutschland und Europa kooperieren in dieser Frage auch mit solchen Staaten eng, mit denen wir nicht

in allen Fragen übereinstimmen. Allerdings verdichten sich auch die Informationen, dass sowohl in Ägypten als auch in Europa Terroristen und Salafisten aus einigen Golfstaaten unterstützt werden. Dies ist nicht akzeptabel.

## Finanzielle Absicherung der Atommüll-Entsorgung

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung wollen wir einen langen politischen Streit in der Atomenergie beenden: Der Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung nuklearer Abfälle sollen langfristig solide finanziert werden. Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens herzustellen, bringen wir diesen Gesetzentwurf als gemeinsame Fraktionsinitiative der Koalition mit den Grünen in das Plenum ein.

Damit setzen wir die Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs vom April 2016 um. Es wird ein öffentlich-rechtlicher Fonds in Form einer Stiftung errichtet, aus dem die Kosten für die Zwischen- und Endlagerung der nuklearen Abfälle aus den stillgelegten Kernkraftwerken gedeckt werden sollen. Der Rückbau der Kernkraftwerke wird von den Energieversorgern durchgeführt und bezahlt werden. Die Atom-Rückstellungen der Energieversorgungsunternehmen von ca. 17,4 Mrd. Euro plus ein Risikozuschlag von 35 Prozent in Höhe von ca. 6,1 Mrd. Euro werden an den Fonds übertragen.

Damit wird die Verantwortung der Unternehmen hinsichtlich ihrer Entsorgungspflichten auf den Bund übergehen. Gleichzei-



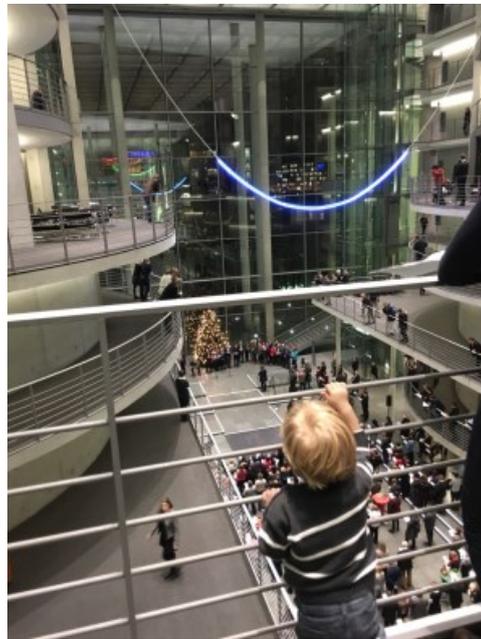
tig wird das im Herbst 2015 eingebrachte Konzernnachhaftungsgesetz ergänzt, um die Haftung des gesamten Konzernvermögens auch im Falle einer Aufspaltung eines Energieversorgers zu gewährleisten.

## Wert des geistigen Werkes im digitalen Zeitalter sichern

In dieser Woche werden wir die Reform des Urhebervertragsrechts nach längeren Verhandlungen verabschieden. Dieses Gesetz kommt unscheinbar daher, hat aber zentrale Bedeutung für Kreative im digitalen Zeitalter: Es soll sicherstellen, dass Urheber, also Schöpfer geistiger und kreativer Werke, und ausübende Künstler auch im Internetzeitalter in die Lage versetzt werden, eine faire Vergütung zu erhalten. Um ihre Ansprüche geltend machen zu können, wird ihnen ein Auskunftsanspruch gegen ihren Vertragspartner eingeräumt.

Zudem regeln wir das Dreiecksverhältnis zwischen Autor, Verleger und Verwertungsgesellschaften wie der VG Wort so, dass diese auch künftig Ausschüttungen an die Verlage vornehmen können. Wir leisten damit einen Beitrag zur Verlagsvielfalt in Deutschland und damit insgesamt im deutschsprachigen Raum. So sichern wir einen Teil unseres kulturellen Reichtums. Das ist auch gerade in Zeiten bedeutsam, in denen sich unsere Muttersprache im Ausland großer Beliebtheit erfreut und viele Menschen Deutsch lernen, wie aktuelle Zahlen des Goethe-Instituts belegen. Für uns gilt: Geistige und kreative Leistung muss sich lohnen!

## Traditionelles Adventssingen im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages



## Daten und Fakten

**Rekord-Weihnachtsgeschäft erwartet.** Die deutschen Einzelhändler erwarten, dass ihre Umsätze im Weihnachtsgeschäft 2016 erstmals die 90-Milliarden-Euro-Marke knacken. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Wachstum von 3,9 Prozent. Insbesondere der stabile Arbeitsmarkt trägt nach Ansicht des Handelsverbands Deutschland zur Umsatzsteigerung bei. Das Weihnachtsgeschäft ist für viele Einzelhändler die umsatzstärkste Zeit des Jahres: Der stationäre Handel erzielt knapp 19 Prozent, der Internethandel sogar ein Viertel seines Jahresumsatzes im November und Dezember. Im Vergleich zum Vorjahr wächst das Weihnachtsgeschäft des Onlinehandels dabei um zwölf Prozent. Die erhöhte Konsumlaune zeigt sich auch auf Verbraucherseite: Knapp 23 Prozent der Verbraucher gaben an, 2016 mehr Geld als im Vorjahr für Weihnachtsgeschenke ausgeben zu wollen.

*(Quelle: Handelsverband Deutschland)*

**Elterngeld wirkt.** Knapp zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte. Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab. Die Einführung des Elterngeldes hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen Schonraum geschaffen. So stieg das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr um durchschnittlich 480 Euro pro Monat, bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat. Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen. Zwar haben sich mehr Mütter mit hohem Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist allerdings die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. Ebenfalls nehmen deutlich mehr Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen. Ein Einfluss auf die Geburtenrate konnte gleichzeitig nur teilweise erwiesen werden, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind.

*(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)*

**Weniger Verkehrstote.** Die Zahl der Getöteten im Straßenverkehr wird erstmals seit drei Jahren sinken und 2016 voraussichtlich einen neuen Tiefstand erreichen. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes dürfte die Zahl der Todesopfer 2016 voraussichtlich bei etwa 3.300 liegen. Das wären rund 160 Verkehrstote oder knapp fünf Prozent weniger als 2015. Bei den Verletzten ist dagegen eine Zunahme um gut ein Prozent auf annähernd 400.000 zu erwarten. Die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Unfälle wird bis zum Jahresende voraussichtlich um drei Prozent auf etwa 2,6 Millionen steigen und damit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreichen. Dabei wird sich die Zahl der Unfälle mit Personenschaden schätzungsweise um ein Prozent auf 308.000 erhöhen. Bei den Unfällen mit ausschließlich Sachschaden wird ein Anstieg um etwa vier Prozent auf 2,3 Millionen erwartet. Zum Rückgang der Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2016 dürfte die insgesamt ungünstige Witterung im ersten Halbjahr beigetragen haben. Bei schlechtem Wetter sind weniger ungeschützte Verkehrsteilnehmer wie Kraftstofffahrer und Fußgänger unterwegs.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*